



Bundestags- brief

Nr. 168 • Die Woche im Bundestag • 20.03.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Meilensteine der Hauptstadtkultur gemeinsam mit Berlin zum Erfolg führen

Unsere Bundeshauptstadt Berlin ist *das* „Schaufenster“ für Besucher aus aller Welt. In keine andere deutsche Stadt kommen so viele Touristen, um sich ein Bild von Deutschland zu machen. Im letzten Jahr haben mehr als 11,5 Millionen Gäste die Hauptstadt besucht. Dabei zieht Berlin überproportional viele Besucher aus dem Ausland an: sie reizen nicht nur die lebendige Kulturszene oder die wechselvolle Geschichte der Stadt, sondern auch das reiche kulturelle Erbe, das auf der Museumsinsel, aber auch an vielen weiteren Orten der Stadt präsentiert wird.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass der Bund sich der Hauptstadtkultur besonders verpflichtet fühlt und sie in jedem Jahr mit einem hohen dreistelligen Millionenbetrag unterstützt - eine Summe, die im Übrigen zuletzt höher war als der Kulturetat des Berliner Senats.

Neben dieser regelmäßigen Förderung ist es darüber hinaus zu meiner großen Freude gelungen, alle wichtigen Akteure auf der Bundesebene für die Unterstützung zweier herausragender Kulturprojekte in Berlin zu gewinnen: Mit dem Humboldt-Forum im Berliner Stadtschloss und dem Museum für die Moderne auf dem Kulturforum wird unsere Hauptstadt sich wandeln und doch gleichzeitig vor den Augen der Welt bekräftigen, dass Deutschland sich auch am Beginn des 21. Jahrhunderts vor allem als Kulturnation versteht.

Das Humboldt-Forum wird eine herzliche Einladung an die ganze Welt sein. Auf dem zentralen Platz unserer Republik sollen sich die außereuropäischen Kulturen im Herzen unserer Hauptstadt präsentieren. Direkt gegenüber der Museumsinsel mit unserem kulturellem Erbe ermöglichen wir den gleichberechtigten Dialog der Kulturen und beweisen, dass Deutschland eine welt-offene Nation mit einer kosmopolitisch ausgerichteten Hauptstadt Berlin ist.

Ich freue mich sehr, dass nun auch beim Berliner Senat die Bedeutung dieses Projekts erkannt wurde und der Regierende Bürgermeister und Kultursenator das Humboldt-Forum mit neuen Impulsen begleitet. Ich bin mir sicher, dass Berlin in enger Abstimmung mit dem Bund einen wertvollen Beitrag leisten kann, um das Humboldt-Forum - unter Einhaltung des Zeit- und Kostenplans - zu einem großen Erfolg werden zu lassen, der Deutschlands Ruf als Kulturnation in der Welt weiter festigen wird.

Mit dem Museum der Moderne wiederum werden wir nicht nur das städtebauliche Problem des Kulturforums lösen, dass Sammlungen vom Weltrang trotz eines Museumsstandortes in unmittelbarer Nähe des Potsdamer Platzes oft unentdeckt bleiben. Vielmehr wird das Museum der Moderne nun der Epoche einen Ort geben, in der Deutschland und Berlin schon einmal Zentren der internationalen Kunstentwicklung waren. Gemeinsam mit der dann restaurierten Neuen Nationalgalerie wird das Museum der Moderne die Kunst des 20. Jahrhunderts zum ersten Mal vollumfänglich von „Brücke bis Beuys“ präsentieren. Die spektakuläre Kunstentwicklung dieser Zeit wird damit mit all ihren politischen und auch künstlerischen Brüchen und Höhepunkten endlich an ihrem historischen Ort sicht- und nachvollziehbar.

Es ist gut, dass das Land Berlin sich nach kurzem Zögern nun der Auffassung des Bundes angeschlossen hat, ein solches herausragendes Projekt an prominenter Stelle an der Potsdamer Straße zu realisieren. Die nun angelaufenen Gespräche zur notwendigen Überlassung von Grundstücken im Eigentum des Landes Berlin verlaufen konstruktiv und werden sicher bald zu einem guten Abschluss gebracht werden, von dem am Ende nicht nur Berlin, sondern die Kulturnation Deutschland als Ganzes profitieren wird.

Der 18. März 1990 – Epochaler Schritt auf dem Weg zur Einheit in Freiheit

Vor 25 Jahren konnten die Menschen der DDR zum ersten und einzigen Mal ihre Volkskammerabgeordneten frei wählen. Und sie haben von dieser selbst erstrittenen Möglichkeit in beeindruckender Weise Gebrauch gemacht:

Mit einer Wahlbeteiligung von mehr als 93 Prozent und einem Stimmanteil von 48 Prozent für das unionsgeführte Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ war diese Wahl eine klare Richtungsbestimmung für Demokratie und für die Einheit in Freiheit - dem Ziel, das CDU und CSU seit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers im Gegensatz zu vielen anderen nie aufgegeben hatten.

Es gibt kaum einen besseren Ort als das Plenum des Deutschen Bundestags, um die freie Volkskammerwahl vor 25 Jahren zu würdigen. Deswegen war es uns ein großes Anliegen, im Rahmen einer vereinbarten Debatte am Mittwoch an diesen Höhepunkt der friedlichen Revolution in der DDR zu erinnern.

1989/90 waren Jahre, die geprägt waren von dem wachsenden Selbstbewusstsein der Menschen in der DDR, die sich nicht länger durch die Staatspartei SED gängeln, bevormunden und beherrschen lassen wollten. Neben der Klarstellung „Wir sind das Volk“ wollte dieses Volk auch keine Zweifel mehr über die Gestaltung seiner Zukunft aufkommen lassen und stimmte mit großer Mehrheit für den Grundsatz „Nie wieder Sozialismus“. Der Wunsch der Menschen, eine Wiedervereinigung rasch zu erreichen, brach sich Bahn. Im Herbst des denkwürdigen Jahres 1990 erfüllte sich mit der Wiedervereinigung die Hoffnung der Deutschen in Ost und West.

Bundeskanzler Helmut Kohl verstand, dass die Einlösung der Hoffnungen und Wünsche der Deutschen nicht auf die lange Bank geschoben werden konnte – und dass es zugleich darum gehen musste, Nachbarn, Freunden und Partnern in Europa und der Welt Angst vor dieser Entwicklung zu nehmen. Während andere, wie der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, von „nationaler Besoffenheit“ faselten, arbeitete Helmut Kohl zielstrebig und umsichtig daran, die einzigartige Gelegenheit zu nutzen.

Deutschland auf Kurs halten

Dass die Zukunft immer wieder neu gewonnen werden will, hat uns auch das parlamentarische Programm der vergangenen Woche gezeigt.

Es hilft, wenn man dabei einen guten Kompass hat. Die Bürger unseres Landes dürfen von uns verlangen, dass wir nun weiter mit Augenmaß an die Gestaltung der guten Ausgangslage unseres Landes gehen. Bisher haben alle Kabinettsmitglieder unter der Leitung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel dabei gut zusammengearbeitet.

Dass es dabei immer wieder Diskussionen um einzelne Themen gibt, kann angesichts der unterschiedlichen Grundüberzeugungen der Partner nicht überraschen. Während die SPD auf mehr Staat baut, vertrauen wir auf den Einzelnen. Wir sollten uns in Deutschland nicht mit parteipolitischem Klein-Klein aufhalten. Die Koalition hat noch nicht einmal Halbzeit und ist als gestaltende Kraft gefragt.

Wir müssen die Zeit der guten Konjunktur dazu nutzen, das Land zukunftsfest zu machen – mit einer Stärkung von Infrastruktur, Forschung und Wissenschaft. So wie es Wolfgang Schäuble für den Bundeshaushalt 2015 vorgemacht und gerade in dieser Woche mit den Eckwerten für den Bundeshaushalt 2016 wieder vorgelegt hat, so müssen nun insbesondere auch die SPD-geführten Länder für ausgeglichene Haushalte und ein Ende der Kreditaufnahmen sorgen. Sonst geht ihnen die notwendige Kraft für die Gestaltung des ureigensten Länderthemas, der Kultushoheit, verloren. Statt also immer neue Pläne zu machen, wie das Schulsystem ideologisch umgestaltet werden soll, ist Solidität gefragt. Die Länder müssen die Schulen auf Vordermann bringen.

Sicherheit kritischer Infrastrukturen verbessern

Während die CeBIT in Hannover stattfindet, bringen wir mit dem IT-Sicherheitsgesetz einen wesentlichen Bestandteil zur Umsetzung der Digitalen Agenda auf den Weg.

Nicht nur Bürger und Verwaltungen in unserem Land sind zunehmend vernetzt, auch das Wirtschaftsleben ist immer stärker digital geprägt.

Daher ist es entscheidend, so genannte kritische Infrastrukturen zu schützen. Das Gesetz, das wir in erster Lesung beraten haben, benennt daher Mindestniveaus für IT-Sicherheit derjenigen Einrichtungen, die für das Gemeinwesen von zentraler Bedeutung sind. Die effektive Überwachung der Sicherheit dieser Infrastruktur durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), entsprechende Meldepflichten und Informationsleistungen werden geregelt.

Der direkte Schutz der Bürger soll über die Verpflichtung der Telekommunikationsanbieter zur Verwendung einer IT-Sicherheit nach Stand der Technik verbessert werden. Auch hier ist eine Meldepflicht bei IT-Sicherheitsfällen vorgesehen. Ferner soll der Anteil des BSI an der Erstellung des Sicherheitskatalogs für Telekommunikationsnetzbetreiber ausgebaut werden. Auch soll das Bundeskriminalamt (BKA) im Bereich Cyberkriminalität angesichts der zunehmenden Zahl von IT-Angriffen gegen Bundeseinrichtungen und gegen bundesweite kritische Infrastrukturen in seinen Rechten gestärkt werden.

Europa stark und selbstbewusst

Anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates haben wir festgehalten, dass Europa gerade angesichts der Herausforderungen von außen und innen gefestigt und selbstbewusst zusammensteht.

Die Staaten der Europäischen Union arbeiten zusammen – der aktuelle Europäische Rat wird insbesondere die Möglichkeiten, die sich aus einer europäischen Energieunion ergeben, intensiv beraten. Angesichts der Politik des russischen Präsidenten sind gezielte Schritte zur Reduzierung der Energieimporte von hoher Bedeutung. Dabei darf unser Blick aber nicht zu eng gefasst sein – Deutschland steht für die Berücksichtigung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien. Auch werden in der Union mit dem Investitionsfonds, der auf die Initiative des neuen EU-Kommissionspräsidenten zurückgeht, neue Chancen für Entwicklungen entstehen.

Ohne Frage wird die EU durch Freunde und Partner, die zunehmend nationalistisch auftreten, belastet. Auf diese überkommenen Ansätze reagiert die Bundesregierung besonnen mit klaren Signalen, die sowohl deeskalieren als auch eine deutliche Grenze setzen.

Wir rufen unsere Partner innerhalb und außerhalb der EU auf, zu einem wahrhaftigen und respektvollen Umgang zurückzukehren.

Dazu gehört auch, eingegangene Verpflichtungen einzuhalten – dann ist Zusammenarbeit möglich. Solidarität gibt es nur auf der Grundlage von Solidität.

Die Europäische Union ist eine Rechts- und Wertegemeinschaft. Europa kann nur gelingen, wenn alle die eingegangenen Regeln und Verpflichtungen einhalten und – bei allen möglichen Differenzen in der Sache – einen partnerschaftlichen Umgang pflegen. Die unnötige Schärfe, die von Griechenland in die Diskussion gebracht wird, wird die griechischen Probleme nicht lösen.

Immer weniger Insolvenzen bei Unternehmen und Verbrauchern

Im Jahr 2014 meldeten die deutschen Amtsgerichte 24.085 Unternehmensinsolvenzen. Das waren 7,3 Prozent weniger als im Jahr 2013.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erreichte damit den niedrigsten Stand seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999. Zuletzt war im Krisenjahr 2009 ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen verzeichnet worden (plus 11,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2008).

Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger aus beantragten Unternehmensinsolvenzen bezifferten die Amtsgerichte für das Jahr 2014 auf rund 25,2 Milliarden Euro.

Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war im Jahr 2014 mit 86.298 Fällen um 5,4 Prozent niedriger als im Jahr 2013. Damit wurden zum vierten Mal in Folge weniger Verbraucherinsolvenzen registriert als im entsprechenden Vorjahr.

Die Gesamtzahl aller Insolvenzen einschließlich der Nachlass- beziehungsweise Gesamtgutinsolvenzen und der Insolvenzen von natürlichen Personen, die als Gesellschafter größerer Unternehmen von einer Insolvenz betroffen waren, belief sich im Jahr 2014 auf 134.871 Fälle (minus 4,6 Prozent gegenüber 2013).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)